

**Sommerfest
der Lichtenberger
LINKEN**

10. September, ab 16 Uhr
KULTschule, Sewanstraße 43

Beim Fest der LINKEN am 13. und 14. Juni in der Kulturbrauerei



Foto: Jörg Rückmann

Die Bundestagswahl zum Fest der LINKEN machen!

Nun hat auch DIE LINKE ihr Programm für die Bundestagswahl am 27. September. Es wurde auf einem Parteitag in Berlin am vorletzten Juni-Wochenende gegen sieben Gegenstimmen bei vier Stimmenthaltungen angenommen. Das macht leicht vergessen, dass dieses Wahlprogramm in der Partei zuvor leidenschaftlich diskutiert worden war und auf dem Parteitag zu mehr als 1000 Änderungsanträgen angeregt hatte. Aber die Delegierten hatten diesmal verstanden, dass es nicht um ein auf viele Jahre berechnetes Grundsatzprogramm ging, sondern um das politische Handlungskonzept für die kommenden vier Jahre.

Das eindrucksvolle Votum der Parteitagsdelegierten durchkreuzte die Hoffnungen der politischen Gegner, DIE LINKE werde im Jahr 3 ihres politischen Lebens wegen hoffnungsloser Zerstrittenheit in die politische Bedeutungslosigkeit abgleiten. Davor hatte auch Gregor Gysi in einer emotionalen Rede gewarnt. Dabei ging es nicht etwa darum, ge-

gensätzliche Positionen zu verkleistern. „Der Reiz unserer Partei besteht in unserer Pluralität“, sagte Gysi. „Und jeder, der sie gefährdet, gibt uns eigentlich, zumindest teilweise, auf.“

Der Parteitag gab das Signal in die Partei hinein, „alles zu tun, um die Bundestagswahl erfolgreich (zu) bestreiten“. Denn, warnte Oskar Lafontaine: „Würde DIE LINKE bei der Bundestagswahl geschwächt, dann gäbe es für den neoliberalen Block (aus den Agenda-2010- und Hartz-IV-Parteien, also CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen, die den Finanzhaien den roten Teppich ausgerollt haben) kein Halten mehr“. Das Land würde unfriedlicher und noch unsozialer, die Umverteilung von unten nach oben ginge dramatisch weiter. Den Bürgerinnen und Bürgern müsse schon jetzt die Wahrheit gesagt werden über das, was nach dem 27. September passieren wird.

Nutzen wir auch den Urlaub, für unsere guten linken Ideen zu werben. Es lohnt sich.

Martin Walter

Hast du einen Opa

... schick ihn nach Europa! Dieser flotte Spruch aus der westdeutschen Altlinken-Szene sollte sagen: Tu Opa einen Gefallen, Europa ist zwar ohne Belang, aber gut dotiert. Doch tu es Dir selbst nicht an!

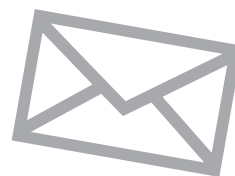
Diese Philosophie stimmte schon damals nicht. Aber an sie fühlte ich mich erinnert, als ich die erschreckend niedrige Wahlbeteiligung vom 7. Juni erfuhr. Dabei ist das Europäische Parlament alles andere als ein Ruheposten. Im Gegenteil: Es fällt zunehmend schwerer, etwas in unserem Alltag zu finden, das nicht durch Europa geprägt wird und „ans Eingemachte“ der Mitgliedsstaaten geht. Und das EU-Parlament hat inzwischen – sicher nicht genug – wichtige Kompetenzen, Mitsprache- und Entscheidungsmöglichkeiten der EU-Kommission abgetrotzt. Offensichtlich ist es – auch der LINKEN – nicht genug gelungen, der Bevölkerung die Wichtigkeit des Europa-Parlaments nahezubringen.

Doch für die rückläufige Wahlbeteiligung gibt es noch weitere Gründe: Immer wieder hören wir „Es hat doch keinen Zweck, die machen doch ohnehin, was sie wollen“ bzw. „Europa interessiert mich nicht“. Diese Mixtur aus Fatalismus und Interessenlosigkeit erwächst aus einer realen Erfahrung. Nämlich mit einem Politikstil, bei dem Entscheidungen hinter verschlossenen Türen und zumeist außerhalb der Parlamente fallen, wo Volkes Stimme weder erlaubt noch gefragt ist, wo vernünftige sozialpolitische oder ökologische Ansätze auf dem Altar des Profits geopfert werden.

Ist es nicht widersinnig, angesichts dessen nicht zur Wahl zu gehen und auf die Stärkung jener zu verzichten, die für Transparenz und Basisdemokratie eintreten? Am 27. September zur Bundestagswahl haben wir die nächste Chance. Peter-Rudolf Zötl

In dieser Ausgabe

- Antifa-Reise nach Österreich (Seite 5)
- Gysi und Lafontaine auf Parteitag zur Bundestagswahl (Seite 3)
- Achtung, Drückerkolonne (Seite 4)
- Neue Schulstruktur (Seite 6)
- Gesine Löttsch zum Wahlprogramm der LINKEN (Seite 7)



Radeln mit Gesine

Der Allgemeine Deutsche Fahrradclub lädt Politiker, Bürger und alle Interessierten zu einer Radtour ein. Die erste Tour startet am 10. Juli um 14 Uhr am Rathaus Lichtenberg. Sie soll Richtung Hohenschönhausen führen und ca. drei Stunden dauern. Ziel der Tour ist es, „durch eigene Anschauung Verantwortungsträger für die Probleme von Radlern im Alltagsverkehr zu sensibilisieren“.

Der Tour schließt sich auch die Bundestagsabgeordnete Gesine Lötzsch (DIE LINKE) an: „Ich rufe alle Fahrradfreunde dazu auf, sich zahlreich an der Tour zu beteiligen.“ Im Anschluss findet eine Auswertung im Biergarten am Orankesee statt. *Norman Wolf*

Gesponserte Ferien

Leider fehlt immer mehr Eltern wegen Arbeitslosigkeit oder geringem Einkommen das Geld, mit ihren Kindern in den Urlaub zu fahren oder sie ins Ferienlager zu schicken.

Wie schon in den Vorjahren finanziert deshalb die Bundestagsabgeordnete Dr. Gesine Lötzsch (DIE LINKE) mehreren Kindern im Alter von 6 bis 16 Jahren ein zweiwöchiges Ferienerlebnis im Juli oder im August, das vom Verein „Kinder an die Macht“ organisiert wird. Die Reisen gehen zum Beispiel nach Brückentin und Klein-Leuthen. Bei Interesse wenden sich Eltern mit einem Nachweis über ein geringes Einkommen (ALG II-Bescheid oder Verdienstbescheinigung) an Dr. Gesine Lötzsch, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, oder per E-Mail an gesine.loetzsch@bundestag.de.

„Kinder an die Macht e.V.“ freut sich auch über weitere Unterstützer. Im letzten Jahr beteiligte sich z. B. das Unternehmen „Berliner Luft“ mit einer Ferienspende. *Norman Wolf*

● **Mehr Infos** unter Telefon 227 717 87

Anti-Gewalt-Training

Auf Einladung von Gesine Lötzsch bietet das Landeskriminalamt Berlin im Rahmen seines Anti-Gewalt-Projektes kostenfreie Fortbildungsseminare für Lehrkräfte an. Die Veranstaltung steht unter dem Motto „Umgang mit Aggression und Gewalt im Schulbereich“ und findet am Dienstag, dem 7. Juli, um 15 Uhr im Bürgerbüro, Ahrenshooper Straße 5, statt. Dabei geht es u. a. um Abwehr und Einschätzung von Gefahren, um Maßnahmen bei Waffenfunden sowie um Konzepte zur Senkung der Gewalt an Schulen. *Norman Wolf*

● **Anmeldungen:** Telefon 227 717 87 oder E-Mail gesine.loetzsch@bundestag.de



Foto: Reiner Brandt

Zu den diesjährigen nun schon dritten Deutsch-Russischen Festtagen auf der Trabrennbahn Karlshorst kamen über 150 000 Besucher. André Nowak, Vorsitzender des gleichnamigen Vereins (2. v. l.) begrüßte auch Petra Pau und Christina Emmrich.

Betreuung im Alter

Lichtenberg ist ein „alternder“ Bezirk. Die Altersgruppe der Senioren wird in den kommenden Jahren am stärksten wachsen. Prognose für 2030: 43,5 Prozent der Menschen werden älter als 55 Jahre sein. Damit wird auch die Zahl der Pflegebedürftigen steigen.

Es gibt ein Konzept des Bezirksamtes, und auch die gewählte Seniorenvertretung trägt mit ihren Initiativen dieser Entwicklung Rechnung. So bildete die Seniorenvertretung eine Arbeitsgruppe für die Zusammenarbeit mit den 24 im Bezirk ansässigen Senioren- und Pflegeheimen. Deren aufopferungsvolle und oft schwere Arbeit für die etwa 2 600 Patienten soll unterstützt werden.

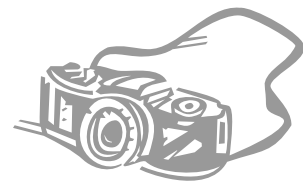
Zum 6. Mai organisierte die Arbeitsgruppe einen Erfahrungsaustausch, zu dem 16 Einrichtungen ihre Vertreter entsandten und sich an der regen Aussprache beteiligten. Übereinstimmend wurden folgende Probleme festgestellt, die die Pflegearbeit erschweren: Personalmangel und fehlende Qualifikation der über die Job-Center angebotenen Pflegekräfte sowie ein übergroßer bürokratischer Aufwand bei der Pflege: Dieser lässt die individuelle Zuwendung zu kurz kommen. Die Seniorenvertretung wird Maßnahmen festlegen, wie gemeinsam mit den Heimen Verbesserungen zu erreichen sind. *Inge Junginger*

Überwachungsstaat

„Überwachungsstaat BRD – vom Verlust der Freiheitsrechte“ – zu diesem Thema sprach der Stellvertretende Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Bundestag und Rechtspolitische Sprecher seiner Partei, Wolfgang Nešković, am 17. Juni auf einer Veranstaltung, zu der unsere Bezirksvorsitzende, MdB Dr. Gesine Lötzsch, in das Gebäude der „Kiezspinne“ eingeladen hatte. Trotz schönsten Sommerwetters war im großen Saal kaum ein Stuhl unbesetzt geblieben.

Der Referent – mit 27-jähriger Praxis als Richter auf nahezu allen Stufen der bundesdeutschen Justiz – wies überzeugend nach, dass die Sicherheitspolitik der Großen Koalition grundgesetzwidrig ist. In der anschließenden Diskussion wurde auch nach einer echten, vom Volk in einer Abstimmung akzeptierten Verfassung gefragt. Das Grundgesetz war ja als Provisorium gedacht, seine Ersetzung durch eine neue Verfassung im Falle einer „Wiedervereinigung“ darin ausdrücklich vorgesehen. Dass den Ex-DDR-Bürgern das Grundgesetz nach dem Anschluss ihres Staates an die BRD einfach übergestülpt wurde, ist also eindeutig grundgesetzwidrig.

MdB Nešković will in der neuen Legislaturperiode gerade dieser Frage seine besondere Aufmerksamkeit widmen. *R. L.*



Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land

Aus der Rede des Kovorsitzenden der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Gregor Gysi, auf dem Bundestagswahlparteitag 2009

Was sind denn unsere Alleinstellungsmerkmale? Erstens: Wir sind strikt gegen alle Formen von Angriffskriegen, niemals werden wir dem zustimmen ... Mit Krieg bekämpft man keinen Terrorismus, sondern erzeugt neuen!

Zweitens: Wir haben in Deutschland eine politische Demokratie, ... aber keine Wirtschaftsdemokratie. Wir sind die erste Partei, die auf diesen Widerspruch vehement hinweist ...

Drittens: ... erklären, weshalb wir bei der öffentlichen Daseinsvorsorge für öffentliches Eigentum sind. Was ist denn öffentliche Daseinsvorsorge? Das ist der Nah- und Fernverkehr, das ist die Energie, das Wasser, die Bildung, das Gesundheitswesen, Teile der Kultur, Teile der Wohnung.

Viertens: Wir brauchen den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland! 21 Mitgliedsländer der Europäischen

Union haben ihn bereits. Außerdem brauchen wir angemessene höhere Löhne ... Wir brauchen die Abschaffung bzw. Reduzierung der prekären Beschäftigungsverhältnisse. Nämlich Ein-Euro-Jobs, 400-Euro-Jobs, befristete Arbeitsverhältnisse und Leiharbeit, diese moderne Form der Sklaverei ...

Und wir brauchen höhere und gerechte Renten, die vor Altersarmut schützen. Die alte Rentenformel muss wiederhergestellt werden ... Alle mit Einkommen müssen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, auch Rechtsanwälte, auch Ärzte, auch Bundestagsabgeordnete – alle ... Dann ist die Bezahlung gar kein Problem! Wir müssen drittens auch die Beitragsbemessungsgrenzen aufgeben ... Wenn man die drei Schritte ginge, dann müsste niemand darüber nachdenken, zwei Jahre Rente zu streichen, wie sie es alle zusammen gemacht haben – Union, SPD, FDP und Grüne.

... Schröder hat die SPD entsozialdemokratisiert, und solange sie sich nicht resozialdemokratisiert, ist sie für uns auch gar nicht koalitionsfähig ...

Wir haben selbstverständlich auch gefordert, dass die Rentenwerte Ost endlich an die Rentenwerte West angeglichen werden ... Dann haben wir 17 Anträge gestellt, um Ren-

tenübergangslücken, Versorgungsunrecht und Rentenstrafrecht im Osten zu überwinden ... Wer eine Vereinigung will, muss auch anstreben, dass Menschen für die gleiche Leistung die gleiche Rente bekommen.

Und fünftens geht es uns als einziger Partei um Umverteilung von Oben nach Unten. Sowohl die Union als auch die SPD als auch die FDP als auch die Grünen sind bereit, umzuverteilen, und zwar von Unten nach Oben ... Wir machen nochmal neue Schulden in Höhe von 90 Milliarden in diesem Jahr ... Wer soll das alles bezahlen? ... Jetzt hat ein Arbeitgeberverband vorgeschlagen, zum 1. Januar 2011 die Mehrwertsteuer von 19 Prozent auf 25 Prozent zu erhöhen. Dann kommt ein Institut in Hamburg und findet das sehr vernünftig. Dann kommt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung und sagt das gleiche. Die Professoren im Fernsehen werden erklären, dass das sinnvoll ist. Ich kenne das schon. Natürlich sagen Union und SPD jetzt Nein ... Aber: Nach dem 27. September wird ein Stimmungsumschwung kommen ... Und dann gibt es noch ein satanisches Argument: Wenn wir das rechtzeitig, also Ende 2009, beschließen, dann kaufen die Leute 2010 mehr ein, weil sie wissen, es wird danach alles teurer.

Mehr Demokratie und Freiheit wagen!

Aus der Rede des Kovorsitzenden der Partei DIE LINKE, Oskar Lafontaine, auf dem Bundestagswahlparteitag 2009

„Wir zahlen nicht für Eure Krise“ ... Leider zeigt sich bei näherem Hinsehen, dass diese Parole ein frommer Wunsch ist ... Wir zahlen bereits für die Krise. Wir, das sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Rentnerinnen und Rentner, die sozial Bedürftigen, die Klein- und Mittelbetriebe. Wir dürfen nicht übersehen, dass Arbeitnehmer, Rentner und sozial Bedürftige auch schon vorher die Spekulation und den Tanz der Börsianer bezahlten. Sie zahlten mit fallenden Reallöhnen, sinkenden Renten und gekürzten sozialen Leistungen.

Genau an dieser Stelle wird erkennbar, dass der Finanzkapitalismus die Demokratie aushöhlt. Die Banken haben die Welt überfallen und gerufen: Geld her oder wir vernichten Millionen Arbeitsplätze und verschlechtern die Lebensbedingungen von Milliarden Menschen. ... Die Verluste werden sozialisiert und die Gewinne sollen weiter privatisiert werden.

Dagegen setzt sich DIE LINKE zur Wehr. Wir wollen eine andere Verteilung der Lasten.

Weil wir die demokratiezerstörende Wirkung des entfesselten Finanzkapitalismus beenden wollen, verstehen wir, DIE LINKE, uns als demokratische Erneuerungsbewegung. Ich betone das noch einmal, weil das unsere Aufgabe beschreibt ...

Eine Wirtschaftsordnung, die systembedingt zu wachsender Vermögens- und Einkommensungleichheit führt, ist nicht sozial. Eine Wirtschaftsordnung, die viele Menschen durch Arbeitslosigkeit ausgrenzt, kann sich ebenfalls nicht sozial nennen. Die jetzige Wirtschafts- und Finanzkrise bietet erneut ... die Chance, die Eigentumsstrukturen grundsätzlich zu reformieren. Wer also vermeiden will, dass die nächste Krise vorbereitet wird und sich in noch stärkerer Form wiederholt, muss die ungleiche Vermögens- und Einkommensverteilung verändern. Die etablierten Parteien haben die Renditejagd auch deshalb nicht gebremst, weil sie von der Finanzindustrie gesponsert werden. In den letzten Jahren erhielten die Bundestagsparteien folgende Spenden von Banken und Versicherungen: CDU 5,3 Millionen, FDP 2 Millionen, SPD 1,5 Millionen, CSU eine Million und auch die Grünen – im Wesentlichen von der Allianz – 600 000 Euro.

Wir, DIE LINKE, fordern das Verbot von Spenden von großen Betrieben, Banken, Versicherungen und Wirtschaftsverbänden an politische Parteien. Wir wollen keine gekaufte Demokratie.

Die repräsentative Demokratie setzt bei fallenden Löhnen, Renten und sozialen Leistungen die Interessen der Mehrheit nicht mehr durch. Daher müssen wir strukturelle Antworten geben, daher fordern wir die Belegschaftsbeteiligung, daher fordern wir die Kontrolle des Bankensektors.

Zur Arbeit der LINKEN im Bundestag muss politischer Druck aus der Gesellschaft hinzukommen. Es hat doch keinen Sinn sich damit abzufinden, dass die Vermögens- und Einkommensverteilung immer weiter auseinandergeht, dass die Löhne und Renten immer weiter sinken und wir uns ab und zu mal zu einer Protestversammlung versammeln.

Nein, wir wollen das ändern. Dabei brauchen wir neue Formen des sozialen Protests, insbesondere den politischen Streik, den Generalstreik. Wir suchen auch in den kommenden vier Jahren die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, den Globalisierungskritikern, der Frauenbewegung, den Erwerbslosen, den Kulturschaffenden, den Vertretern der Wissenschaft und mit den Religionsgemeinschaften.



Achtung, Drückerkolonne!

Das nächste Bürgerbegehren im Bezirk ist gestartet – und wieder richtet es sich auch gegen die jahrelange Politik der LINKEN im Bezirk. Worum geht es?

Mit Marion Platta, Katrin Lompscher und Peter Fischer steht die LINKE seit Jahren für eine Einzelhandelspolitik, die die Standorte in den Wohngebieten und Zentren stärkt.

Auf der Brache an der Landsberger Allee wollen wir IKEA und andere Möbel- und Baumärkte. Das ist genauso unumstritten, wie unsere Ablehnung eines sogenannten Globus-SB-Warenhauses an dieser Stelle, das auf fast 9 000 m² – etwa 10 DDR-Kaufhallen! – Lebensmittel und andere Waren des täglichen Bedarfs anbieten würde. So etwas gehört nicht auf die grüne Wiese. Das Einzelhandelskonzept des Bezirks sagt zu Globus, dass damit vor allem Lichtenberger Zentren massiv bedroht werden. Zudem würde dadurch der Leerstand einzelner Standorte gefördert.

Wer dem Anton-Saefkow-Platz, aber auch vielen anderen Einzelhandelseinrichtungen in den Lichtenberger Zentren und auch in Marzahn eine Chance geben will, kann Globus an der Landsberger Allee nicht unterstützen.

Globus kann gern in unseren Zentren investieren und Arbeitsplätze schaffen!

Kurz: Lichtenberger, unterschreibt das Bürgerbegehren nicht! Lasst euch nicht von der CDU und von Agitatoren des Flächeneigentümers hinters Licht führen. *Dr. Andreas Prüfer, Bezirksstadtrat*



Foto: Michael Grunst

Keine Sommerpause

Ab sofort können die Lichtenberger ihre Vorschläge für den Bürgerhaushalt 2011 an das Bezirksamt Lichtenberg von Berlin, Geschäftsstelle Bürgerhaushalt, 10360 Berlin, schicken. „Wir rechnen mit Ihnen“, so lädt Bezirksbürgermeisterin Christina Emmrich auch zum 5. Jahrgang des nunmehr europaweit Interesse erheischenden Instrumentes direkter Bürgerdemokratie ein.

Im vergangenen Jahr hatten sich 4 000 Lichtenberger mit 205 Vorschlägen beteiligt. Doch es sollen noch mehr werden, wünscht das Bezirksamt. *Joachim Pampel*

Kiezspaziergang

Hab mein Wage voll gelade – beim Kiezspaziergang mit der Bezirksbürgermeisterin am 13. Juni (Foto oben) ging es diesmal zu den zahlreichen öffentlichen Spiel- und Erholungsflächen in Friedrichsfelde-Süd. Die gemeinsame Kremserfahrt mit Christina Emmrich und der Bundestagsabgeordneten der LINKEN Gesine Löttsch wurde besonders von jungen Familien mit Kindern genutzt.

Der nächste Kiezspaziergang ist schon geplant und wird am 11. Juli rund um den Obersee führen. Treffpunkt: 10 Uhr, Konrad-Wolf-Straße/Ecke Roedernstraße.

+ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +

Neue Chancen

Gemeinschaftsschulen in Lichtenberg haben neue Chancen; denn die SPD stimmte jetzt einem Antrag in der BVV zu, in dem das Bezirksamt u. a. beauftragt wird, „geeignete Standorte für Gemeinschaftsschulen zu benennen und Schulleitungen für die Erprobung des Projektes zu gewinnen“.

Sportstadt

Mehr als 25 000 Lichtenberger Bürger treiben in 100 Sportvereinen regelmäßig Sport. Neben den überregionalen Zentren Sportforum Hohenschönhausen und Trabrennbahn Karlshorst stehen ihnen dafür 14 Sporthallen oder Plätze zur Verfügung.

Schulstadt

Lichtenberg zählt 53 allgemeinbildende Schulen. Von zentraler Bedeutung sind die drei Hochschulen, die Volkshochschule Paul Junius-Straße und die Schostakowitsch-Musikschule. Darüber hinaus sind im Bezirk zwei Jugendverkehrsschulen, zwei Gartenarbeitsschulen und drei Berufsschulen beheimatet.

Industriebahntrasse gestalten

Über die Bebauung der alten Industriebahntrasse zwischen der Hansastrasse und der Straße 250 soll in den nächsten Wochen entschieden werden. Eine öffentliche Auslegung der Pläne wird vorbereitet. Vorgesehen sind ein Autohaus sowie ein Geh- und Radfahrweg.

Ente geplatzt

Als „falsch recherchiert und politisch durchsichtig“ charakterisierte LINKEN-Fraktionschef Petermann einen Zeitungsbericht, in dem behauptet wurde, die Linksfraktion habe in der BVV nur „mit Unterstützung des NPD-Fraktionsvorsitzenden Jörg Hähnel“ Anträge von SPD und CDU gegen sie wegen der Maikrawalle abwehren können.

IKEA für Lichtenberg

Die IKEA-Ansiedlung soll auch zu „Mehrwert für den Bezirk“ führen. Mit diesem Ziel will Bezirksstadtrat Dr. Andreas Prüfer den Antrag der LINKEN verwirklichen, den diese in die Juni-Tagung der BVV einbrachte.

Antifa-Reise nach Österreich

Elf Jugendliche zwischen 14 und 21 Jahren haben den Wettbewerb „Zivilcourage vereint“ gewonnen. Sie hatten einen Film gedreht, einen Rap-Song komponiert, ein Gedicht geschrieben, Theater gespielt und sich auf unterschiedliche Weise mit Rassismus, Neonazismus und Antisemitismus auseinandergesetzt.

Gesine Löttsch, die Initiatorin des Wettbewerbs, war mit den Gewinnern sechs Tage in Österreich unterwegs (Foto). Gleich am ersten Tag besuchte die Gruppe das KZ-Mauthausen. Martin, ein junger Mann, der sich extra einen Tag Urlaub genommen hatte, um uns durch das KZ zu führen, schilderte die Leidenstationen der 200 000 Gefangenen von der „Klagemauer“ bis ins Grab. 500 Sowjetsoldaten brachen aus dem KZ aus. Die Bevölkerung wurde von der SS aufgefordert, die Soldaten zu jagen und zu töten. Sie machte aktiv mit. Nur neun Soldaten überlebten. Hanna Hackel, damals 14 Jahre alt, erzählte uns, wie ihre Mutter zwei Soldaten auf ihrem Hof versteckte und sie so vor dem Tod bewahrte. Jennifer meinte beim Verlassen des Bauernhofes: „Ich hätte die Hanna knuddeln können.“ In Österreich wurde die mutige Tat der Familie Hackel lange nicht gewürdigt.

Im Außenlager Ebensee mussten 27 000 Häftlinge einen fünf Kilometer langen Stollen in den Berg treiben. Dort sollte die V2 gebaut werden. Ein Drittel der Zwangsarbeiter arbeitete sich zu Tode. Gleich nach dem Krieg wur-

de auf dem Gelände des Außenlagers eine Einfamiliensiedlung gebaut. Wir fragten uns alle, wie kann man hier ruhig leben?

In Wien besuchten wir das Jüdische Museum. Hanna beeindruckte unsere Gruppe ganz besonders. Sie führte uns nicht nur durch das Jüdische Museum, sie wollte von den Jugendlichen auch wissen, was sie meinen, wie man Geschichte vermitteln sollte. Bei der Auswertung sagte Gina, die sechs Tage seien gut gewesen, aber länger hätte sie es nicht ausgehalten. Denn sechs Tage Auseinandersetzung mit Massenmord geht an die Schmerzgrenze. Dominique hatte gleich nach seiner Rückkehr seinen Lehrern und Mitschülern über die Reise berichtet. Er ist sich sicher, dass es aus seiner Schule auch im nächsten Jahr einen Beitrag zum Wettbewerb „Zivilcourage vereint“ geben wird. Finanziert wurde die Reise von Bundestagsabgeordneten der Fraktion DIE LINKE und durch eine 10 000-Euro-Spende der Brüder Melis, die den Ernst-Melis-Preis gestiftet haben.

Wer solche Reisen unterstützen will, kann dies mit einer Spende tun: Deutsche Bank, Stichwort „Zivilcourage vereint e.V.“, Konto 1113141, BLZ 10070124. *Dr. Klaus Singer*

Die Jugendlichen besuchten den Ort Ebensee, wo die Nazis Zwangsarbeiter einen 5 Kilometer langen Stollen in den Berg trieben ließen. Dort sollte später die „V2“ hergestellt werden.



Foto: Büro Löttsch

Veranstaltungen

- **Donnerstag, 9.7., 17 Uhr ****
Bürgersprechstunde mit Dr. Gesine Löttsch, MdB
- **Donnerstag, 9.7., 18 Uhr**
„Lichtenberg – barrierefrei“, Gespräch mit Dr. Ilja Seifert, MdB; NeLi-Treff, Münsterlandstraße 33
- **Donnerstag, 9.7., 19.30 Uhr**
„DIE LINKE im Europäischen Parlament: Herausforderungen und Ziele“, Veranstaltung mit Helmut Scholz, MdEP; Nachbarschaftshaus Am Berl 8–10
- **Mittwoch, 5.8., 19 Uhr**
„Ursula Goetze, Widerstandskämpferin, 29.3.1916–5.8.1943“, eine Gedenk- und Informationsveranstaltung mit Hans Coppi; Warmbader Hof, Rudolf-Grosse-/Ecke Robert-Siewert-Straße
- **Dienstag, 11.8., 19 Uhr ***
Tagung des Bezirksvorstandes
- **Mittwoch, 19.8., 18.30 Uhr ****
Beratung mit den Sprecherräten Hohenschönhausen
- **Dienstag, 25.8., 19 Uhr ***
Tagung des Bezirksvorstandes
- **Mittwoch, 5.9., ab 16 Uhr**
„Rock für Links“ – zum 14. Mal!; Parkaue Lichtenberg

Veranstaltungsort:

* Alfred-Kowalke-Straße 14, ** Ahrenshooper Straße 5

Bilanzbroschüre

DIE LINKE wirkt! Die etablierten Parteien und die Mainstream-Medien wollen es nicht wahrhaben und am liebsten totschweigen: DIE LINKE ist zur treibenden Kraft in der deutschen Parteienlandschaft geworden. Sie steht für ökonomische Vernunft, sozialen Fortschritt und Frieden.

Die Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag hat viel bewirkt. Eine Broschüre stellt die Bilanz der Jahre 2005 bis 2009 vor. Erhältlich demnächst in der Geschäftsstelle der LINKEN, Alfred-Kowalke-Straße 14. Wer sich sofort informieren will, kann das Dokument als PDF-Datei auf seinen Rechner laden. Quelle: <http://dokumente.linksfraktion.net>

Bitte beachten

Bis zum 22. Juli ist die Geschäftsstelle wegen Urlaubs nur verkürzt geöffnet:

**Montag, Mittwoch, Freitag: 10–14 Uhr,
Dienstag, Donnerstag: 13–17 Uhr**

Neue Schulstruktur

von Peter-Rudolf Zotl

SPD und LINKE haben sich nach intensiven Debatten auf eine grundlegende Reform der Berliner Schulstruktur geeinigt. Diese Reform geht einher mit Reformen der Vorschulziehung, der Lehrplangestaltung sowie in der Lehreraus- und -weiterbildung.

Übergreifende Ziele

- Mit der neuen Berliner Schulstruktur sollen
- alle Schüler zu höchstmöglichen schulischen Erfolgen und die übergroße Mehrheit zum mittleren Schulabschluss kommen;
 - die Zahlen derer, die die Schule ohne Abschluss verlassen, deutlich sinken;
 - die Bildungserfolge von der sozialen Herkunft weitgehend unabhängig werden;
 - die Abiturientenquoten innerhalb der nächsten zehn Jahre deutlich steigen.

Nicht frühe Auslese. Integration!

Um diese Ziele zu erreichen, bedarf es einer Schule, die alle Kinder und Jugendlichen mit ihren jeweiligen Ausgangslagen annimmt und individuell fördert, die nicht nach vermeintlicher Leistungsfähigkeit sortiert, sondern individuelles und längeres gemeinsames Lernen in heterogenen Lerngruppen in den Mittelpunkt stellt. Dem soll folgende strukturelle Systematik dienen:

- die Grundschule, in der alle Kinder vom 1. bis zum 6. Schuljahr gemeinsam lernen;
- die integrierte Sekundarschule, in der dieser gemeinsame Prozess vom 7. bis zum 10. oder bis zum 12. bzw. 13. Schuljahr fortgesetzt wird;
- parallel dazu das Gymnasium, in dem generell nach dem 12. Schuljahr (bzw. noch früher) das Abitur abgelegt wird.

Wichtige Neuerungen

Die Hauptschule wird abgeschafft. Integrierte Sekundarschule und Gymnasium sind vollkommen gleichwertig. Es gelten die gleichen Bildungsstandards, Lernvolumina und Prüfungskriterien. Beide Schularten vergeben alle Schulabschlüsse. Fortgeführt und gefördert wird – zunächst weiterhin als Pilotversuche und auf freiwilliger Basis – die Zusammenführung von Grund- und integrierten Sekundarschulen bzw. Gymnasien zu Gemeinschaftsschulen, in denen die Schüler vom 1. bis zum 13. Schuljahr gemeinsam lernen.

Alle integrierten Sekundarschulen werden von Anfang an zu Ganztagschulen ausgebaut. Auch bei den Gymnasien wird der Einstieg in die Ganztagschule ermöglicht, und in der Grundschule wird angestrebt, allen Schülerinnen und Schülern den Zugang zu Ganztagschulen zu ermöglichen.

Im Rahmen der Schulstrukturreform sind die vielfältigen Erfahrungen und Kompetenzen der Oberstufenzentren (besonders zur beruflichen Orientierung) einzubeziehen.

Ausgebaut wird – wo es sich als pädagogisch sinnvoll und machbar erweist – die sonderpädagogische Förderung im Rahmen eines integrativen Unterrichts.

Losverfahren und Probejahr

Für den Übergang von der Grundschule in die integrierte Sekundarschule bzw. in das Gymnasium gilt Folgendes:

- Die Bildungsgangempfehlung durch die Grundschule entfällt.
- Eltern und Schüler haben einen Rechtsanspruch auf eine frühzeitige und individuelle Beratung durch die Grundschule sowie die Schule, für die sie sich entscheiden.
- Die weiterführenden Schulen nehmen im Rahmen freier Plätze alle angemeldeten Schüler auf.

Gibt es an einer integrierten Sekundarschule oder an einem Gymnasium mehr Anmeldungen, so ist ein Aufnahmeverfahren durchzuführen, das für beide Schularten gleich und gerichtsfest ist. 30 Prozent der Plätze werden durch Los vergeben, um die „soziale Durchmischung“ zu befördern, und 10 Prozent der

Unsere Sprechstunden

So sind die Lichtenberger Vertreter im Berliner Abgeordnetenhaus zu erreichen:

- **Marion Platta:** ☎ 0170-698 92 55, 9. Juli, 17 Uhr, LibeZem, Rhinstraße 9; im August nach Vereinbarung
- Alle anderen Abgeordneten bieten im Juli und August Sprechstundentermine nach telefonischer Vereinbarung an:
- **Evrin Baba:** ☎ 0172-39 25 870
- **Giyasettin Sayan:** ☎ 0171-703 01 63
- **Dr. sc. Peter-Rudolf Zotl:** ☎ 0151-1560 2356

Wir kommen auch gern in Basis- und Bürgerveranstaltungen. **Ladet uns ein!**

Plätze stehen zum „Härtefallausgleich“ zur Verfügung. Losverfahren und Härtefallausgleich sind übrigens der von Experten empfohlene gerechteste Weg.

Schüler, die im Gymnasium – trotz spezieller Förderung – in Klasse 7 die Ziele nicht erreichen, wechseln in die Klasse 8 der integrierten Sekundarschule und setzen dort den Bildungsweg fort. Gegen dieses „Probejahr“ hat sich DIE LINKE gewehrt, dann aber – um das Gesamtprojekt nicht zu gefährden – dieser SPD-Idee zugestimmt.

Die Regelungen zum Übergang werden wissenschaftlich begleitet und evaluiert.

- **Weitere Informationen** in der Wahlkreis-Depesche 15/09 von Peter-Rudolf Zotl, zu beziehen unter Mail: peter-rudolf@zotl.de



Foto: Jörg Rückmann

Peter-Rudolf Zotl diskutiert mit Bürgern im Wahlkreis über den Bürgerhaushalt 2011.

Wahlprogramm der LINKEN

Auf ihrem Berliner Parteitag im Juni hat DIE LINKE ihr Programm zur Bundestagswahl beschlossen. Zu diesem Wahlprogramm gibt es einige Fragen, die an den Ständen schon heute eine große Rolle spielen. MdB Gesine Lötzsch, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Bundestag und Lichtenberger Direktkandidatin, antwortet auf solche Fragen, die Peter-Rudolf Zotl stellte.

● DIE LINKE erhebt soziale Forderungen, die von der politischen Konkurrenz und Medien als unbezahlbar abgetan werden. Ist unser Programm finanzierbar?

Ja, vor allem über mehr Einnahmen bzw. echte Einsparungen. Dazu drei Beispiele: Das Bundesverfassungsgericht fordert erstens die Neuregelung der Vermögenssteuer. Würde die Koalition dem folgen und eine solche Steuer z. B. nach dem Modell Großbritanniens durchsetzen, kämen mehr als 90 Milliarden Euro zusätzlich in die Kassen. Würden wir zweitens ebenfalls dem britischen Beispiel folgen und eine Börsenumsatzsteuer von 1 Prozent etablieren, wären das 80 Milliarden. Davon wären z. B. der längere Bezug des Arbeitslosengeldes I und eine Mindestrente von 800 Euro zu finanzieren. Hinzu kommt drittens, dass allein mit der Einführung eines Mindestlohns und einer Mindestrente die jetzigen Sozialausgaben gravierend sinken würden, so dass auch ein Hartz-IV-Regelsatz von 500 Euro bezahlbar wäre.

● Was machen die Gesamtkosten für unser sozialpolitisches Programm im Vergleich zu den Kosten aus, die durch Kredite und Bürgschaften an Banken und Großunternehmen entstehen?

Es gibt für unser Gesamtpaket verschiedene Berechnungen, aber eines ist sicher: Das gesamte „Rettenprogramm“ für Banken und Großindustrie macht alles in allem ca. 600 Milliarden Euro aus. Die sozialpolitischen Forderungen der LINKEN würden nicht einmal die Hälfte dessen kosten. Das sollten sich alle, die von unseren angeblich nicht finanzierbaren Versprechungen faseln, ins Stammbuch schreiben. Und: Vermögens- und Börsenumsatzsteuer würden reale Mehreinnahmen zur Finanzierung bringen. Was die Bundesregierung großzügig austeuert, sind hingegen massive Schulden und ungedeckte Wechsel.

● Warum wollen wir 10 Euro Mindestlohn, während die für Tarifforderungen zuständigen Gewerkschaften 7,50 Euro fordern?



Foto: Jörg Rückmann

Der Mindestlohn kann wie jede Tarifregelung nicht ein für allemal gültig sein, sondern muss sich immer wieder neu an der ständigen Teuerung bei den Lebenskosten orientieren. Wenn man ein Wahlprogramm aufstellt, dann gilt das für die gesamte Wahlperiode, in unserem Fall also bis 2013. Und da sagen die Prognosen, dass ein Mindestlohn – wenn es ihn denn in Deutschland gäbe – am Ende gegen 10 Euro tendieren würde. Das wird auch in Frankreich und anderen Ländern mit Mindestlöhnen so gesehen, und ich bin sicher, dass auch unsere Gewerkschaften für 2013 einen Mindestlohn in der von uns genannten Höhe fordern werden.

● Würde ein „Raus aus Afghanistan!“ dort nicht den Rückfall in die mittelalterliche Taliban-Diktatur nach sich ziehen?

Es ist schlicht eine Unterstellung, dass DIE LINKE den Abzug aus Afghanistan will und dann das Land den Taliban überlassen möchte. Aber es zeigt sich doch, dass mit dem massiven militärischen Engagement bisher kein Ziel erreicht worden ist. Es bewahrheitet sich, was wir – damals noch als PDS – von Anfang an gefordert haben: Statt Krieg muss in Afghanistan eine umfassende finanzielle, logistische und strukturelle Hilfe stattfinden, um das Land beim Aufbau der Wirtschaft, der Demokratie und der Zivilgesellschaft zu unterstützen. „Raus aus Afghanistan!“ heißt für DIE LINKE also nach dem Ende des Militäreinsatzes eine umfassende zivile Unterstützung.

● Mit wem wären die Forderungen der LINKEN durchsetzbar?

Konsequenter Einsatz für den Frieden: DIE LINKE auf der bundesweiten Antikriegsdemo in Berlin im vergangenen Jahr.

Viele unserer Forderungen werden von relevanten Gruppen in den Gewerkschaften und sozialen Organisationen, aber durchaus auch von namhaften Kreisen in SPD und Grünen geteilt. Da gibt es an gemeinsamen Schnittmengen und einer gemeinsamen Verhandlungsbasis keinen Mangel. Das Problem sind die Führungsetagen, und die müssten über ihren Schatten springen. Genauer gesagt: Vor allem SPD und Grüne müssten sich kritisch mit dem komplizierten rot-grünen Erbe auseinandersetzen und sich von dem lösen, wodurch die massiven Verarmungsprozesse und diese Krise erst möglich geworden sind – und auf dieser Basis bereit sein, gemeinsam nach zukunftsfähigen und gerechten Lösungen zu suchen.

Kontakt

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** ist erreichbar:

● Bürgerbüro, Ahrenshooper Straße 5, 13051 Berlin, ☎ 9927 0725, oder im Bundestag, ☎ 2277 1787

● Sprechstunde:

9. Juli, 17 Uhr, Bürgerbüro (bitte anmelden!), sowie nach Vereinbarung

Ladet sie in Basis- und Bürgerveranstaltungen ein!



25. Juli: Fiesta de Solidaridad



Wie jedes Jahr im Juli feiert die AG Cuba Sí ihre Fiesta de Solidaridad (25. Juli, ab 14 Uhr, Park-
aue Lichtenberg). Zwei runde Geburtstage prägen diesmal das Programm: 50 Jahre kubanische
Revolution und 10 Jahre Amtsantritt von Hugo Chávez in Venezuela. Es gibt Talkrunden, Live-
Musik, ein Kinderfest und natürlich landestypische Speisen und Getränke. Ab 19 Uhr spielen der
Liedermacher Gerardo Alfonso und die kubanische Band Tendencia (Ethno-Metal).

Buchtipps



Wehe dem Sieger

... behauptet Daniela Dahn in ihrem jüngsten Buch und gibt dem Titel die Unterzeile: Ohne Osten kein Westen. Wissend, fragend, zweifelnd nimmt uns die Autorin mit auf ihrem kritischen Ausflug durch 20 Jahre „ver-eintes Deutschland“. Die Erkenntnis ihrer Recherche: Der Sieger siegte nicht, die Chancen der Einheit wurden grandios vertan, für den Osten – aber genauso für den

Westen. Es ist eine gewollte Streitschrift, eine Zusammenstellung von Fakten – von Bekanntem, Vergessenem, auch von Noch-Nicht-Gewusstem. Das sozialistische System war – so unvollkommen auch immer – eine Herausforderung für das westliche, kapitalistische System. Aber wie konkret zum Beispiel der Wettlauf um die bessere Sozialpolitik stattfand, bei dem der Osten – auch aus vielen anderen Gründen – schließlich unterlag, das habe ich zum ersten Mal durch Daniela Dahn so detailliert dargestellt gefunden.

Inge Uesseler

- Daniela Dahn: „**Wehe dem Sieger! Ohne Osten kein Westen**“, Rowohlt Verlag, ISBN: 978-3-498-01329-5, 18,90 €

info links

Herausgeber

DIE LINKE – Landesvorstand Berlin,
Redaktionskollektiv, V.i.S.d.P. Manfred Niklas

Adresse der Redaktion

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE,
Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: 030/512 20 47

Fax: 030/51 65 92 42

E-Mail: lichtenberg@die-linke-berlin.de

Web: www.die-linke-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion.

Redaktionsschluss für Ausgabe 6/09: 28.6.2009

Redaktionssitzungen für Ausgabe 7/09:

Mittwoch, 12.8. und 26.8., jeweils 15 Uhr

Abgabeschluss für Texte und Fotos: 24.8.

Die nächste Ausgabe erscheint am 3.9.2009

Druck: Druckerei Bunter Hund

Gestaltung: Jörg Rückmann

Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.

Kultur im Bezirk

● Sonnabend, 4.7., 16 Uhr

Lange Nacht der Bilder: Aktionen in Galerien und Kultureinrichtungen (Infos unter Telefon 90 296-37 40 oder im Internet unter www.kultur-in-lichtenberg.de), u. a.:

- Ausstellungseröffnung: „Spurensicherung. Drei Fotografen – drei Positionen“, Jürgen Nagel, Manfred Paul und Marit Schambach, „Ein Rückblick vor und nach 1989“, Dauer der Ausstellung bis 25.8.; studio im hochhaus, Zingster Straße 25
- „Geht nicht gibt's nicht“, Malerei von Annette Reichardt und Stewens Ragone, Dauer der Ausstellung bis 14.8.; galerie im ratskeller, Rathaus Lichtenberg

● Sonntag, 5.7., 11 Uhr

Konzert im Schloss Friedrichsfelde: „Harfe con inSpiratione“, Werke von Francesco Verasini, Robert Schumann und Camille Saint-Saëns, Eintritt 18 €; Am Tierpark 125

● Freitag, 10.7., 19.30

Filmpräsentation: „Miserere. Todesbilder. Peru oder das Ende des europäischen Traums“, aus dem Performance-Zyklus der Künstlergruppe Chaclacayo gestaltet und kommentiert deren Gründer und Leiter Helmut J. Psotta einen ganzen Abend; Studio im hochhaus, Zingster Straße 25

● Wochenende 11./12.7.

Storchenfest in der Naturschutzstation Malchow; Dorfstraße 35, 13051 Berlin

● Sonntag, 12.7., 14 Uhr

Spaziergang mit Prof. Jürgen Hofmann: „Anders sein – Gräber von Schwulen und Lesben“; Zentralfriedhof Friedrichsfelde, Haupteingang, Kostenbeitrag 4/2 €

● Mittwoch/Donnerstag, 15./16.7., 10 Uhr

„Josette und ihre Eltern“, Theaterstück nach Eugene Ionesco, Regie: Sascha Bunge; Theater an der Parkaue

● Freitag, 7.8., 19.30 Uhr

Ausstellungseröffnung: Die Züricher Malerin Rita Ernst präsentiert ihre Bilder, die sich an Grundrissen von Kirchen und architektonischen Anlagen orientieren. Dauer der Ausstellung bis 27.9.; Mies-van-der-Rohe Haus, Oberseestraße 60

● Freitag – Sonntag, 28. – 30.8.

Wasserfest in der Rummelsburger Bucht

● Sonntag, 30.8., 14 Uhr

Spaziergang mit Prof. Jürgen Hofmann: „Kundschafter und Spione – Frauen und Männer an der unsichtbaren Front“; Zentralfriedhof Friedrichsfelde, Haupteingang, Kostenbeitrag 2/4 €